

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten

betreffend

ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, im Speziellen beim Bundesministerium für Inneres, im Rahmen der Verwendung der „Sicherheitsmilliarde“, für

- 1) eine ausreichend dienstbare personelle, den Polizeiplanstellen in Oberösterreich entsprechende Aufstockung der Polizei zur Erfüllung der ihr durch die Gesetze zugeordneten Aufgaben,
- 2) eine weitere Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, um einen bestmöglichen Schutz für die Polizistinnen und Polizisten zu erreichen,
- 3) eine Umsetzung eines funktionierenden "Flexi- und Karenzpools" zum Ausgleich von Unterbesetzungen durch Pensionierungen, Langzeitkrankenstände, Karenzen oder Sonderverwendungen durch eine Optimierung der Besetzung von Planstellen,
- 4) einen standortbezogenen, bedarfsorientierten Einsatz der Exekutive,
- 5) eine vorausschauende und rechtzeitige Ausschreibung der notwendigen Anzahl an Polizeiausbildungslehrgängen zur langfristigen Sicherung des Personalstands an den Sicherheitsakademien und
- 6) die Ausstattung der Sicherheitsakademie in Linz mit eigenen, dem erhöhten Ausbildungsbedarf entsprechenden Planstellen,

einzusetzen.

Begründung

Österreich nimmt im Ranking des Global Peace Index den dritten Rang weltweit ein. Dieser positive Wert ist dem gut ausgebauten Sozialsystem und der Arbeit der österreichischen Polizistinnen und Polizisten zu verdanken. Die Herausforderungen, mit denen die Polizei im tagtäglichen Umgang konfrontiert ist, haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Polizei leistet einen wesentlichen Beitrag zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und nimmt die zentrale Rolle für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger ein. Gerade deshalb ist es notwendig, die Polizei mit dem notwendigen Personal auszustatten.

Wenn in Oberösterreichs Bezirken eine gewisse Zahl an Polizistinnen und Polizisten dauerhaft auf Grund anderweitiger Dienstzuteilungen für die alltägliche Polizeiarbeit fehlt, besteht die Gefahr, dass die Exekutive ihre gesetzlichen Aufgaben nicht mehr in vollem Ausmaß erledigen kann. Ein eigener Dienstpostenplan für Sondereinheiten wäre eine Möglichkeit, um die Problematik der Dienstzuteilungen an Sonderkommanden und das damit einhergehende Fehlen von Polizistinnen und Polizisten bei deren ursprünglicher Dienststelle einzudämmen. Ziel soll eine Erhöhung der faktisch verfügbaren Exekutivbeamten sein.

Laut Statistik des Innenministeriums wurden 2015 fast 2.000 Polizisten im Dienst verletzt, die Hälfte davon durch Fremdeinwirkung. Immer noch verfügen Polizisten als Schutz gegen Angriffe von kriminellen, alkoholisierten oder anderen aufgebrachten und gewalttätigen Personen lediglich über die normale Polizeiuniform, welche keinerlei Schutzfunktion erfüllt. Letztlich sind die Ausrüstung und Ausstattung (insbesondere einsatzangepasste Schutzwesten) zu verbessern, um den Polizistinnen und Polizisten den bestmöglichen Schutz zu bieten.

Ein weiterer Teil des Polizeiunterstützungsprogramms soll die Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Standorte beim Polizeieinsatz, wie etwa verstärkte Streifen an den sicherheitspolizeilich relevanten Brennpunkten der Städte und Gemeinden, sein.

Es sind vor allem unsere Polizistinnen und Polizisten, die durch ihren Einsatz für die Sicherheit in unserem Land sorgen. Die aktuelle Lage der Polizei ist jedoch bei weitem nicht optimal, daher bedarf es dringend eines Unterstützungsprogramms für die Exekutive.

Linz, am 15. November 2016

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Raffelsberger, Lackner-Strauss, Weinberger, Pühringer, Hattmannsdorfer, Rathgeb, Sigl, Hummer

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Buchmayr, Schwarz